Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr.84/31.03.2017

Liebe Leserinnen und Leser,

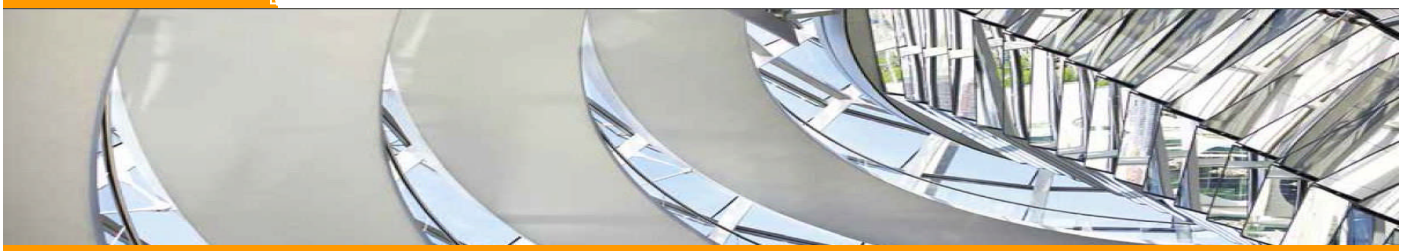
Hype hin oder her: "Entscheidend ist, was hinten rauskommt“ wusste schon Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl. Was passiert, wenn Geradlinigkeit, Verlässlichkeit und Vertrauen auf den „Schulzzug“ treffen, hat die Wiederwahl von Annegret Kramp-Karrenbauer im Saarland eindrucksvoll gezeigt. Die SPD ist mit ihrem Gefühlswahlkampf, dem aggressiven Werben für Rot-Rot-Grün und dem vorsätzlichen Verzicht auf klare Positionen bei den Wählern gescheitert. Das starke Wahlergebnis bestätigt den Kurs der CDU, mit kompetenten Kandidaten und solider Regierungspolitik zu punkten. Die Ergebnisse des jüngsten Koalitionsausschusses knüpfen daran an:

Die Ermittlungsmöglichkeiten bei Wohnungseinbrüchen werden erweitert und das Strafmaß verschärft. Das von der Frauen Union vorangetriebene Verbot von Kinderehen kommt. Zudem erhalten die Sozialbehörden mehr Spielraum, um Sozialleistungsbetrug bei Asylbewerbern aufzudecken. Eine Beendigung des Asylverfahrens für überführte Betrüger lehnt die SPD ab. Durchgesetzt hat sich die Union aber beim Aufbau eines Präventionsprogramms gegen islamistischen Extremismus.

Dass die SPD den Gipfel als Wahlkampfshow nutzte, zeigt sich beim Rechtsanspruch auf zeitlich befristete Teilzeit bzw. auf eine Rückkehr in Vollzeit. Die Union war bereit, diesen für Betriebe ab 200 Beschäftigten umzusetzen. Auch bei der Begrenzung von Mangergehältern blockiert die SPD die im Koalitionsvertrag verankerte Lösung, da diese auch Gewerkschaftsbosse einbezieht. Dass der SPD-Kanzlerkandidat erst nach erheblichem Druck am Koalitionsgipfel teilnahm, zeigt, worum es Martin Schulz NICHT geht: Die Arbeit an konkreten Lösungen für das Land und seine Menschen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Annette Widmann-Mauz



Impressum
Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/ 227 –77217
Telefax: 030/ 227—76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de

CDU

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 84/31.03.2017

Aktuelles

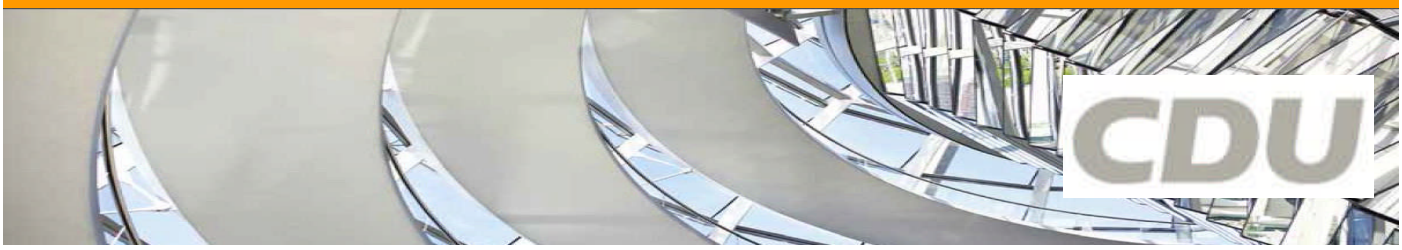
Wichtige Reform des Mutterschutzes

Seit 1952 gibt es in der Bundesrepublik Deutschland das Mutterschutzgesetz. Seitdem wurde es jedoch nur geringfügig geändert. In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag die Reform und damit zeitgemäße Anpassung des Mutterschutzgesetzes beschlossen. Schwangere, frischgebackene Mütter und ihre Kinder werden künftig besser geschützt. Zudem werden erstmals auch Schülerinnen und Studentinnen einbezogen. So soll ein für alle Frauen einheitliches Niveau beim Gesundheitsschutz sichergestellt werden. Sowohl in der Schwangerschaft als auch in den ersten Wochen nach der Entbindung.

Bislang galt: Arbeitgeber dürfen Frauen sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt nicht beschäftigen. Bei Frühgeburten oder Zwillingen verlängert sich die Zeit nach der Geburt auf zwölf Wochen. Gefährliche Arbeiten, Nachtschichten oder auch Akkord- und Fließbandarbeit sind für Schwangere tabu! Zudem gibt es einen weitreichenden Kündigungsschutz und es wird Mutterschutzgeld gezahlt.

In die Reform sind auch neuere gesundheitswissenschaftliche Erkenntnisse und gesellschaftliche Entwicklungen eingeflossen. So hat sich zum Beispiel das Bewusstsein für psychische Gefährdungen gegenüber den 50er Jahren deutlich geschärft. So besteht die Möglichkeit zur Verlängerung der Schutzfrist nach der Geburt eines behinderten Kindes von acht auf zwölf Wochen dar. Damit wird endlich auch gesetzlich anerkannt, dass die Geburt für die Mutter in solchen Fällen häufig mit besonderen körperlichen und psychischen Belastungen verbunden ist. Dazu kommt der höhere Pflegebedarf von behinderten Kindern. Auch das sensible Thema Fehlgeburt wird in der Reform berücksichtigt: für Frauen, die eine Fehlgeburt nach der zwölften Woche erlitten haben wird ein viermonatiger Kündigungsschutz eingeführt.

Das Gesetz tritt Anfang 2018 in Kraft. Mit der Reform wird die Gesundheit der Frau und ihres Kindes am Arbeitsplatz während und in den Wochen nach der Schwangerschaft geschützt. Arbeitsverbote sind künftig nicht mehr gegen den Willen der schwangeren Frauen möglich. Stattdessen sollen ihre Arbeitsplätze angepasst werden, um Gesundheitsgefährdungen für Mutter und Kind auszuschließen. Sonntagsarbeit wird ebenfalls auf freiwilliger Basis ermöglicht. Gemäß dem Leitgedanken ‚so viel Mutterschutz wie notwendig' hat die Unionsfraktion in der Reform besonderes Augenmerk auf die Entscheidungsfreiheit und Selbstbestimmung der Frau gelegt - ein starkes Signal, das nach 65 Jahren dringend notwendig war!



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 84/31.03.2017

Aktuelles

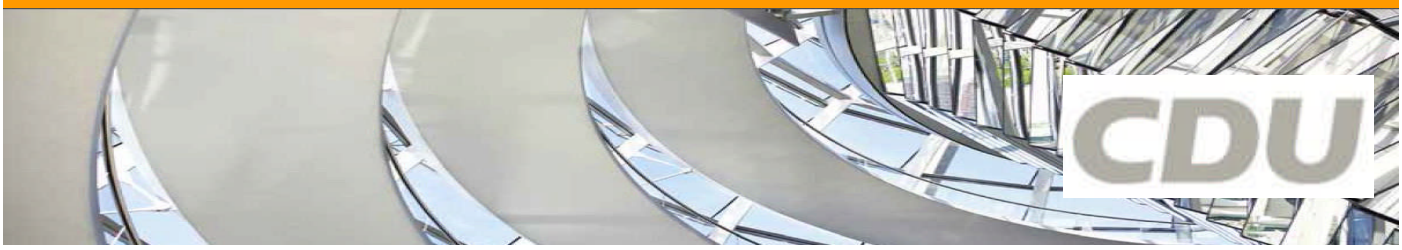
Zweiter internationaler Ministergipfel zur Patientensicherheit in Bonn

Das Bundesgesundheitsministerium hatte in dieser Woche zum zweiten internationalen Ministergipfel zur Patientensicherheit nach Bonn eingeladen. Aus allen UN-Regionen haben sich Regierungsvertreter und Experten eingefunden, um miteinander globale Maßstäbe für mehr Patientensicherheit zu entwickeln. Mehr noch als sonst in der Gesundheitspolitik ging es dabei um eine deutliche Wahrnehmung der Patientensicht und um die Einbindung aller Gesundheitsberufe. Einen Schwerpunkt bildeten die Perspektiven von Staaten mittleren und niedrigen Einkommens und die Frage einer besseren Infektionsvermeidung. Am Rande des Patient Safety Summit 2017 in Bonn traf sich die Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB mit der japanischen Amtskollegin Dr. Naoko Yamamoto und sprach über die G20-Agenda. Alle Teilnehmer waren sich einig: Die Infektionsgefahr muss dauerhaft minimiert und die Sicherheit von Arzneimitteln deutlich erhöht werden!

(Foto: BMG/phototek)

(Foto: BMG/phototek
Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB begrüßt die WHO-Generaldirektorin Dr. Margaret Chan, Bildmitte: Italienische Gesundheitsministerin Beatrice Lorenzin)

(Foto: Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB mit der Staatssekretärin beim japanischen Gesundheitsministerium Dr. Naoko Yamamoto)



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 84/31.03.2017

Aktuelles

Das politische Berlin erleben!

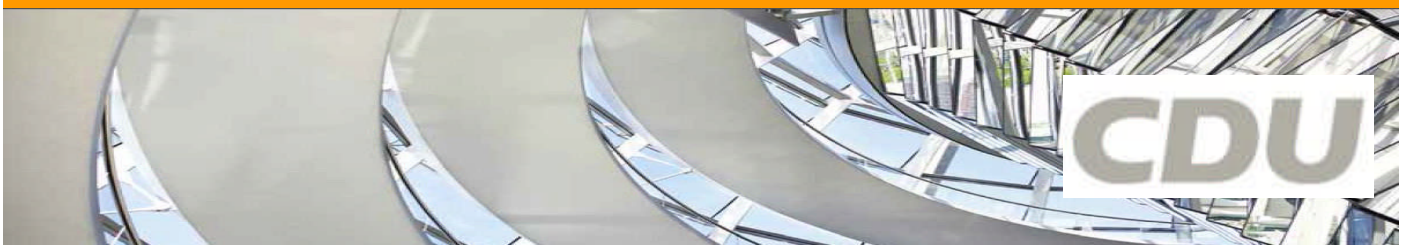
Bei schönstem Frühlingswetter waren in dieser Woche 50 Bürgerinnen und Bürger aus Rottenburg, Burladingen und Mössingen nach Berlin gereist, um u. a. den Deutschen Bundestag, das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium des Innern und das Morgenmagazin des ZDF zu besuchen. Sie konnten so einen Einblick in die Arbeit von Regierung und Parlament erhalten. In der Berliner Konrad-Adenauer-Stiftung kamen die Gäste mit der Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB zu einem politischen Gespräch zusammen und tauschten sich zu aktuellen Themen aus. Ein Besuch in der Landesvertretung Baden-Württemberg stand ebenso auf dem Programm sowie das asisi-Panorama.

(Gruppenfoto: Bundesregierung / Arge GF-BT GbR)

Verbesserungen der Pflegegesetze wirken!

Der aktuelle sechste Pflegebericht der Bundesregierung liefert einen umfassenden Überblick über die Situation der Pflegeversicherung in Deutschland im Zeitraum 2011 bis 2015 und damit kurz vor Einführung des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes (PSG II) und damit des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs.

Der Bericht zeigt: Die Verbesserungen, die wir für Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und Pflegekräfte auf den Weg gebracht haben, kommen an. Das ist eine gute Nachricht für die Pflege. Seit 1. Januar 2017 stehen insgesamt fünf Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr für die Pflege zur Verfügung. Außerdem wird die Beratung vor Ort verbessert. Das hilft Pflegebedürftigen und ihren Familien und verbessert die Situation von Pflegekräften in Deutschland maßgeblich. Auch die Leistungen der Pflegeversicherung und die pflegerische Versorgung wurden durch das Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz (PNG), vor allem aber durch das Erste Pflegestärkungsgesetz (PSG I) bereits im Jahr 2015 deutlich ausgebaut und besser auf die Bedürfnisse der Betroffenen und ihrer Angehörigen ausgerichtet. Insgesamt stellt der Medizinische Dienst der Krankenkassen eine Verbesserung der Qualität der Pflege fest. Auch Anträge der Versicherten auf Leistungen von den Pflegekassen wurden schneller bearbeitet. Die in dieser Wahlperiode getroffenen Maßnahmen, die insbesondere die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorangetrieben hat, haben zu spürbaren Verbesserungen bei der Qualifizierung und Gewinnung von Pflegepersonal geführt.
So zeigt der Pflegebericht ganz deutlich: unsere Gesetze wirken. Nun gilt es, die Pflege auch weiter zu stärken.



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 84/31.03.2017

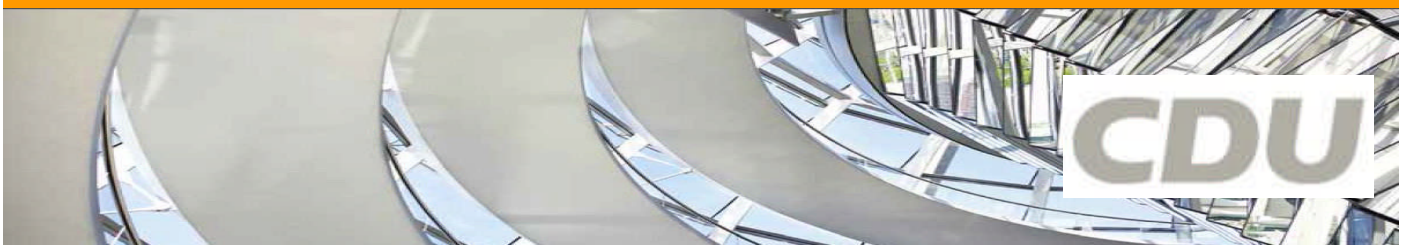
Aktuelles

Praktikumsbericht Sephora Povel

Ich heiße Sephora Povel und studiere in Heidelberg Economics und Politikwissenschaften. Zur Bundestagswahl 2013 durfte ich Annette Widmann-Mauz MdB in einer Plenardiskussion an meinem damaligen Carlo-Schmid-Gymnasium im Wahlkreis Tübingen das erste Mal persönlich erleben. Vier Jahre später ergab sich die Möglichkeit, im Rahmen meines Studiums einen Monat lang Annette Widmann-Mauz MdB bei ihrer politischen Arbeit in Berlin zu begleiten. Dass sich der Alltag einer Bundestagsabgeordneten als derartig vielfältig darstellen würde, hatte ich nicht erwartet. Neben der Teilnahme in der Arbeitsgruppe für Gesundheit, verschiedenen Ausschüssen und Plenumsbesuchen durfte ich auch an diversen Abendveranstaltungen teilnehmen.

Ein besonderes Highlight war dabei das Event der Frauen Union der CDU Deutschlands „Frauen bewegen“ anlässlich des 80. Geburtstages von Dr. Rita Süßmuth. Die Bundesvorsitzende der Frauen Union Annette Widmann-Mauz MdB und Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen MdB berichteten mitreißend über Errungenschaften und Erfolge der Frauenpolitik, vieles maßgeblich und unermüdlich von der heutigen Ehrenvorsitzenden der FU Rita Süßmuth vorangetrieben. Mahnende Worte zur aktuellen Situation von Frauen in Spitzenpositionen und der mangelnden Vereinbarkeit von Familie und Beruf blieben aber trotzdem nicht aus. „Wir betreiben Politik, damit die Menschen stark werden“ ist wohl nur einer der vielen Aussprüche, die mir von diesem Abend noch lange in Erinnerung bleiben werden. Dass der CDU auch heute viele beeindruckende Persönlichkeiten angehören, wurde mir in Diskussionsrunden des Praktikantenprogramms erneut vor Augen geführt: Volker Kauder MdB, Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert MdB und Peter Altmaier MdB, Chef des Bundeskanzleramts, bestachen mit ihren Kenntnissen und überzeugenden Argumenten zu verschiedensten tagespolitischen Themen.

Gerade in Zeiten, in denen Medien immer wieder zu tendenziöse Berichterstattung neigen, finde ich es beruhigend zu erleben, dass es Politikerinnen und Politiker gibt, die sich unabhängig davon für eine freiheitliche und demokratische Ordnung auf Basis christlicher Werte einsetzen. Die oft sehr stressige und herausfordernde Arbeit der Bundestagsabgeordneten verdient meinen höchsten Respekt! An dieser Stelle möchte ich mich auch herzlich bei Annette Widmann-Mauz MdB und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die es ermöglicht haben, dass die letzten vier Wochen zu einer besonderen Erfahrung wurden.



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 84/31.03.2017

Aktuelles

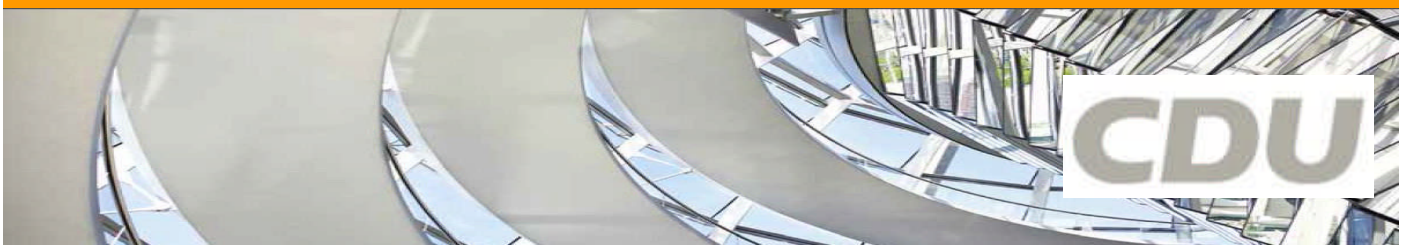
Das Entgelttransparenzgesetz führt zum Ziel: Lohngerechtigkeit jetzt!

„Das Entgelttransparenzgesetz ist nicht nur eine Weichenstellung auf dem Weg zur Lohngerechtigkeit, sondern ein konkreter Schritt zu mehr Gleichberechtigung in Deutschland. Der gefundene gesetzliche Kompromiss ist ein Gewinn für Frauen. Die Lohnlücke soll zukünftig der Vergangenheit angehören. Seit 2010 hat die Frauen Union nicht locker gelassen und sich massiv für eine gesetzliche Regelung zur Lohngerechtigkeit eingesetzt. Freiwillige Selbstvereinbarungen waren keine Lösung, so freuen wir uns nun über das Gesetz“, erklärt Annette Widmann-Mauz MdB, Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands, zur 2./3. Lesung des Gesetzentwurfs zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen im Deutschen Bundestag.

Annette Widmann-Mauz: „Wir brauchen mehr Transparenz, denn die nachgewiesene Lohnlücke von Frauen wird im Alter zur Rentenlücke. Mehr und mehr Frauen sind im Alter nicht mehr über ihren Ehepartner oder eine Witwenrente abgesichert. Eine eigenständige Altersvorsorge von Frauen wird immer wichtiger. Lohngleichheit ist ein entscheidender Beitrag dazu.“

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung, das ElterngeldPlus oder das Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an Führungspositionen sind Beispiele für Maßnahmen, die von der unionsgeführten Bundesregierung bereits umgesetzt wurden. Nun sind die Arbeitgeber, die Gewerkschaften und die Betriebsräte in der Verantwortung. Die Frauen Union der CDU wird die Umsetzung des Entgelttransparenzgesetzes sorgfältig beobachten.

Herzliche Einladung zum Starkbierfest



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 84/31.03.2017

Aktuelles

Reallöhne in Deutschland verzeichnen starken Anstieg

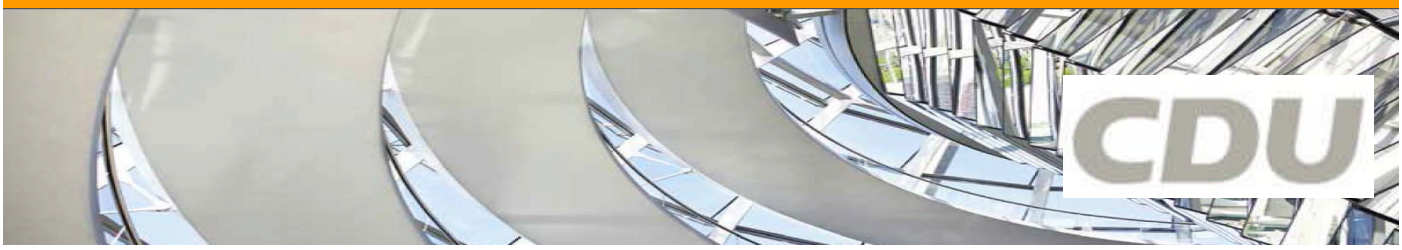
Wie das endgültige Ergebnis der vierteljährlichen Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes belegt, ist der Reallohnindex im Jahr 2016 das dritte Mal in Folge stark gestiegen. Während der Reallohnindex um 1,8 Prozent zunahm, stiegen der Verbraucherindex im selben Zeitraum um 0,5 Prozent und der nominale Verdienst um 2,3 Prozent. Zudem setzt sich mit dieser positiven Entwicklung ein Trend fort, von dem vor allem Beschäftigte mit eher unterdurchschnittlichen Verdiensten überdurchschnittlich profitieren können. Hohe nominale Zuwächse des monatlichen Bruttoverdienstes können hierbei vor allem ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer Steigerung von 3,1 Prozent, geringfügig Beschäftigte mit 3,6 Prozent, Teilzeitbeschäftigte mit 2,8 Prozent und Vollzeitbeschäftige mit 2,2 Prozent verzeichnen. Den größten Branchenzuwachs von 3,5 Prozent nominalen Lohnanstiegs wies das Gastgewerbe als Branche mit den geringsten Bruttoverdiensten aus. *(Quelle: Statistisches Bundesamt)*

(Foto: CDU/ Christiane Lang)

Daten & Fakten

Deutsche Elektroindustrie trotzt unsicherem weltwirtschaftlichem Umfeld

Ungeachtet der weltwirtschaftlichen Entwicklung im vergangenen Jahr trotzte die deutsche Elektroindustrie jeglichen Unsicherheiten. Die deutsche Elektrobranche, welche rund 847.000 Menschen beschäftigt und ein Siebtel aller gesamt-wirtschaftlichen deutschen Exporte einnimmt, legte hinsichtlich der um Preiseffekte bereinigten Produktion um 1 Prozent zu. Den größten Anstieg der Erlöse registrierte die Elektrosparte der Medizintechnik mit einem Plus von 6 Prozent. Zusammengefasst belief sich der Branchenumsatz 2016 auf 179 Mrd. Euro und legte dabei im Vergleich zum Vorjahr um 1 Mrd. Euro zu. So konnte die deutsche Elektroindustrie das dritte Mal in Folge einen Exportrekord erzielen. Hinzu kommt, dass die Elektroindustrie mit ihren Brancheninvestitionen für Forschung und Entwicklung von rund 17 Mrd. Euro einen großen Beitrag für die digitale Transformation der Wirtschaft leistet.
(Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung)

www.facebook.com/widmannmauz

www.twitter.com/AWidmannMauz